

Vorlage	Vorlage-Nr: FB 36/0165/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 24.03.2017 Verfasser:
Federführende Dienststelle: Fachbereich Umwelt Beteiligte Dienststelle/n:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 07.02.2017 (öffentlicher Teil)	
Beratungsfolge:	TOP: 3
Datum 25.04.2017	Gremium AUK
	Kompetenz Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 07.02.2017 (öffentlicher Teil)

Anlage/n:

Niederschrift vom 07.02.2017 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

14. März 2017

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.02.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Fachbereich Umwelt, Reumontstraße 3

Anwesende:

Ratsfrau Sabine Göddenhenrich-Schirk

Ausschussvorsitzende

Ratsherr Markus Schmidt-Ott

Vertretung für: Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Ferdinand Corsten

Ratsherr Ralf Demmer

Ratsherr Alexander Gilson

Herr Andreas Schaper

Vertretung für: Ratsfrau Fabia Kehren

Ratsherr Jürgen Schmitz

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Wolfgang Dechêne

AUK/24/WP.17

Ausdruck vom: 24.03.2017

Seite: 1/12

Herr Georg Grooten

Herr Jörg Hofmann

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Muggenborg

Ratsherr Kaj Neumann

Herr Jöran Stettner

Vertretung für: Frau Susanne Kütke

Herr Dirk Szagunn

Frau Tanja Vogts

Vertretung für: Herrn Dr. Nils
Brodowski

Herr Veith Helmig

Herr Dieter Formen

Herr Safi Özbay

Abwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

- entschuldigt -

Ratsfrau Fabia Kehren

- entschuldigt -

Herr Dr. Nils Brodowski

- entschuldigt -

Frau Susanne Kütke

- entschuldigt -

Herr Dr. Wolfgang Buchsteiner

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer

Dez. V

Herr Marlon Knops

Dez. V

Herr Dr. Stefan Beckers

FB 37

Herr Nils Lapp

FB 37

Frau Ulla Windmüller

FB 37

Herr Max Nüßler

FB 37

Herr Harald Beckers

FB 13

Frau Rita Klösger

FB 13

als Schriftführerin:

Frau Sabine Kollau

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 01.12.2016 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0149/WP17
- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 21.12.2016 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0151/WP17
- 4 **Sachstandsbericht zur Katastrophenschutzplanung "Tihange"**
- 5 **Zivilschutz für Menschen mit wenig Geld**
Ratsantrag Fraktion Die Linke Nr. 200/17 vom 09.09.2016
Vorlage: FB 37/0027/WP17
- 6 **Beratung und Genehmigung der Anpassung 2016 des Rettungsdienstbedarfsplans 2014-2018 der Stadt Aachen zur Durchführung des Rettungsdienstes**
Vorlage: FB 37/0028/WP17
- 7 **Antrag der CDU und SPD-Fraktionen zur Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz**
Möglicher Einsatz des Mobilen Retter-Systems im Stadtgebiet Aachen
- 8 **Erlass einer Satzung über die Festsetzung des Verdienstaufschlags der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr der Stadt Aachen und der beruflich selbstständigen Helferinnen und Helfer der privaten Hilfsorganisationen sowie über die Gewährung einer Zulage für private Arbeitgeber**
Vorlage: FB 37/0024/WP17
- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 01.12.2016 (nichtöffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0150/WP17
- 2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Göddenhenrich begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Es erfolgt die Verpflichtung von Herrn Jöran Stettner für die Fraktion der Grünen.

Einvernehmlich stimmt der Ausschuss der Tagesordnung zu.

- #### zu 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 01.12.2016 (öffentlicher Teil)**
- Vorlage: FB 36/0149/WP17**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2016 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

3 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 21.12.2016 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0151/WP17

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sondersitzung vom 21.12.2016 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

4 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 4 Sachstandsbericht zur Katastrophenschutzplanung "Tihange"

Herr Dr. Kremer berichtet über den Sachstand zur Katastrophenschutzplanung „Tihange“ anhand einer Power Point Präsentation, s. Anlage.

Er ergänzt, dass es zur Ratssitzung am 22.03.2017 eine ausführliche Vorlage geben werde.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Göddenhenrich dankt Herrn Dr. Kremer für die zügige und sachliche Annahme der Thematik.

Herr Formen stellt für die Naturschutzverbände folgende Fragen:

1. Durch wen erfolgt die Aufforderung zur Einnahme der Jodtabletten und grundsätzlich die Information über ein Schadensereignis?
2. Wie erfolgt eine Information beim Zuzug nach Aachen, wenn die Phase der Erstinformation abgeklungen ist? Wird es eine Information bei den Meldebehörden geben?
3. Erfolgt eine inhaltliche Prüfung des Antragsformulars? Wenn ja, mit welchem Personal?

Herr Dr. Kremer antwortet, dass es selbstverständlich eine inhaltliche Prüfung des Antragsformulars geben werde. Derzeit werde noch geprüft ob und in welcher Ausprägung es ein onlinebasiertes Verfahren geben werde oder Mitarbeiter eingesetzt werden müssten.

Zur zweiten Frage erläutert er, dass die Vorverteilung der Jodtabletten eine einmalige Aktion sei und es keine Nachverteilung geben werde. Für die Zukunft solle man darauf vertrauen, dass die dann stattgefundene Öffentlichkeitsarbeit gewirkt habe und die private Vorsorge ernst genommen werde. Hier sei Eigeninitiative gefordert.

Nach Abwägung aller Faktoren sei dies das ausgewogenste Vorgehen, das auch vom Landesministerium so gewertet werde.

AUK/24/WP.17

Ausdruck vom: 24.03.2017

Seite: 5/12

Zur Frage nach der Warnung der Bevölkerung teilt Herr Dr. Kremer mit, dass dies durch die Katastrophenschutzbehörde erfolgen werde auf den üblichen Wegen: Sirenen, Radio, öffentliche Medien etc. Die Katastrophenschutzbehörde würde im Ereignisfall gemeinsam mit den Landesbehörden über die Einnahme der Jodtabletten entscheiden. Die Aufforderung zur Einnahme erfolge dann gezielt durch die Katastrophenschutzbehörde.

Herr Dr. Kremer erläutert, dass das Katastrophenschutzkonzept nicht in Gänze der Öffentlichkeit mitgeteilt werde, und auch heute nur die Grundzüge dargestellt wurden. Für alle Annahmen, Zeitfenster, INES Warnstufen etc. gebe es gewisse Schlussfolgerungen, die Umsetzung sei Aufgabe der Katastrophenschutzbehörden.

Ratsherr Neumann dankt für die Fraktion der Grünen für den informativen Vortrag und die konkreten Ausarbeitungen.

Er fragt, ob es für die Vorverteilung sowie für den Ereignisfall eine Doppelbevorratung von Jodtabletten gebe. Zudem fragt er nach dem Stand der Vorverteilung für die Schulen und Kita's.

Herr Dr. Kremer erläutert, das Land habe zusätzliche Tabletten für die Vorverteilung beschafft. Mit der Thematik der Vorverteilung in Schulen und Kita's werde sich die Verwaltung nach der anstehenden Vorverteilung stärker befassen. Die Vorverteilung für diese Bereiche werfe bisher ungelöste Fragen auf, die zunächst auf anderer Ebene, beispielsweise der Kultusministerkonferenz zu klären seien. Das Thema werde aber weiterhin verfolgt.

Herr Özbay, Integrationsrat, erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums der Jodtabletten, und über den Verbleib, sollte die Gefahr nicht mehr bestehen.

Herr Dr. Kremer äußert hierzu, dass die Jodtabletten mit einem Haltbarkeitsdatum bis 31.12.2021 ausgegeben werden. Gegebenenfalls werde es später neue Überlegungen geben müssen. Er werde nicht zur Rückgabe der Jodtabletten aufgefordert, sollte die Gefahr nicht mehr bestehen.

Ratsfrau Dr. Wolf, SPD Fraktion, dankt Herr Dr. Kremer für die ausführliche Vorstellung. Sie vermisse allerdings im Konzept eine Information zu weiteren Schutzmaßnahmen, beispielsweise zu Kontaminierungsmaßnahmen.

Herr Dr. Kremer führt hierzu aus, dass die Jodtabletten lediglich einen Baustein der Vorsorge darstellen. Die Informationsbroschüre werde hinlängliche Informationen und Erläuterungen enthalten. Bereits heute gebe es vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz Informationen und Empfehlungen für atomare Unfälle.

Rastherr Corsten dankt für die CDU Fraktion für die hervorragende Vorarbeit. Mit der Informationsbroschüre werde die Öffentlichkeit informiert und mit dem Empfang der Jodtabletten werde auch Verantwortung übernommen. Problemfelder, die im Ereignisfall auftreten könnten, seien zum jetzigen Zeitpunkt zweitrangig.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Göddenhenrich lobt abschließend die gute Arbeit der Verwaltung und insbesondere die vorzeigbaren Ergebnisse durch die Annahme der Thematik durch Herrn Dr. Kremer in der Kürze seiner Amtszeit. Dies sei ein hervorragendes Beispiel für die Arbeit der Verwaltung, es sei eine gute Lösung für die Vorsorge des Bürgers gefunden und bedeute einen großen Schritt für die ganze Region.

zu 5 Zivilschutz für Menschen mit wenig Geld
Ratsantrag Fraktion Die Linke Nr. 200/17 vom 09.09.2016
Vorlage: FB 37/0027/WP17

Es erfolgt ein kontroverser Meinungsaustausch unter Beteiligung der Fraktionen der Linken, der CDU und der Piraten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den Antrag der Fraktion Die Linke, die Verwaltung zu beauftragen, für die Bezieher von Sozialleistungen Vorräte anzulegen, die im Zivilschutzkonzept des Bundes vorgesehen sind, abzulehnen. Der Ratsantrag 200/17 gilt als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

1 Enthaltung, 1 Gegenstimme

zu 6 Beratung und Genehmigung der Anpassung 2016 des Rettungsdienstbedarfsplans 2014-2018 der Stadt Aachen zur Durchführung des Rettungsdienstes
Vorlage: FB 37/0028/WP17

Herr Lapp und Herr Dr. Beckers, beide FB 37, erläutern die Vorlage anhand einer Power Point Präsentation, s. Anlage.

Herr Hofmann, Linke Fraktion erkundigt sich nach dem Zusammenhang zwischen den bereits kürzlich beschlossenen Gebühren des Rettungsdienstes und der Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans.

Herr Lapp erläutert, dass die neue Gebührensatzung für den Rettungsdienst seit dem 01. Februar 2017 gültig sei und eine Anpassung in der Vorhaltung sofortige Auswirkungen auf die Gebührensatzung hätte. Die Gebührensatzung für den Rettungsdienst sei daher bei Umsetzung der Maßnahmen erneut anzupassen.

Herr Hofmann fragt zudem, ob es für den dargestellten Wachbereich strategische Überlegungen gebe, da dieser Bereich in der weitesten Entfernung zu einer Wache läge.

Herr Lapp erklärt, dass es in dem Bereich keinen Wachstandort gebe, In erster Priorität werde das Gebiet, genauso wie das Wachgebiet 7a innerhalb der Hilfsfrist von der Wache 7 bedient. Die Unterteilung des Wachgebietes begründe sich durch die Bedienung in zweiter Priorität. Der südliche Teil des Wachgebietes 7 (7b), werde in zweiter Priorität durch die Wachen 5 und 6 bedient und zukünftig auch durch die Wache 2b. Eine neue Fahrzeugstrategie werde erarbeitet, zukünftig auch unterstützt durch GPS Technologie. Langfristig müsse geprüft werden, ob die Maßnahmen ausreichen.

Ratsfrau Dr. Wolf, SPD Fraktion, dankt Herrn Lapp und Herrn Dr. Beckers für den Vortrag. Sie fragt, ob es eine Erklärung für die steigende Zahl der Einsätze gebe und erkundigt sich nach der Auslastung des Telenotarztes, insbesondere wenn Euskirchen nun aufgeschaltet werde.

Herr Dr. Beckers führt hierzu aus, dass die steigenden Einsatzzahlen unter anderem auf eine erhöhte Aufmerksamkeit der Bevölkerung zurückzuführen sei. Gerade durch Veranstaltungen und Aktionen beispielweise zum Thema Schlaganfall oder Herzinfarkt seien die Menschen sensibilisiert. Zu den Interhospitaltransporten erläutert er, dass sich die Verlegungsfahrten erhöht haben aufgrund der Spezialisierung der Kliniken/ Veränderung der Krankenhauslandschaft. Zum überregionalen Einsatz des Telenotarztes erklärt Herr Dr. Beckers, dass der Telenotarzt derzeit noch nicht ausgelastet sei. Sollte sich herausstellen, dass durch die Aufschaltung Euskirchens eine Auslastung über das Normalmaß erreicht werde, so müsse das Personal entsprechend angepasst werden.

AUK/24/WP.17

Ausdruck vom: 24.03.2017

Seite: 8/12

Herr Lapp ergänzt, dass der Stadt Aachen vom Betreiber P3 telehealthcare zugesichert wurde, dass es keinen Qualitätsverlust für den Aachener Rettungsdienst durch die Aufschaltung geben werde.

Ratsherr Corsten dankt für die CDU Fraktion ausdrücklich für die Vorlage. Er regt an, den Bürgern den Unterschied zwischen Rettungswagen und Krankentransport zu verdeutlichen.

Er stellt die Kostenfrage bei Einsätzen, die ohne medizinische Notwendigkeit ausgelöst werden.

Frau Windmüller führt zur Kostenfrage aus, dass diese zum Tragen komme, sobald ein Einsatz abrechenbar sei. Über die medizinische Notwendigkeit eines Transports entscheide das Einsatzpersonal vor Ort.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Anpassung 2016 zum Rettungsdienstbedarfsplan 2014-2018 der Stadt Aachen zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt die Genehmigung der Anpassung 2016 zum Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt Aachen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Antrag der CDU und SPD-Fraktionen zur Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz Möglicher Einsatz des Mobilen Retter-Systems im Stadtgebiet Aachen

Herr Dr. Beckers berichtet eingangs anhand einer Power Point Präsentation, s. Anlage.

Ratsfrau Dr. Wolf, SPD Fraktion, dankt für die schnelle Reaktion auf den Tagesordnungsantrag und die Vorstellung der Überlegungen.

Ratsherr Demmer, CDU Fraktion, dankt ebenfalls für die schnelle und gute Reaktion auf den Antrag. Er fragt, wie die rechtliche Absicherung der Personen sei, die als Ersthelfer im Auftrag der Feuerwehr fungieren und welche Reihenfolge bei Alarmierung mehrerer Ersthelfer greife.

Herr Dr. Beckers erklärt zur Reihenfolge, dass lediglich den ersten beiden Rückmeldern einer Alarmierung die genaue Adresse und somit der Einsatz zugeteilt werde.

Zur Qualifikation und rechtlichen Absicherung der Ersthelfer äußert er, dass dem alarmierten Personal die Indikation zur Herz-Druck-Massage zugestanden werde. Die Sicherstellung der Qualifikation erfolge durch die Feuerwehr.

zu 8 Erlass einer Satzung über die Festsetzung des Verdienstauffalls der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr der Stadt Aachen und der beruflich selbstständigen Helferinnen und Helfer der privaten Hilfsorganisationen sowie über die Gewährung einer Zulage für private Arbeitgeber
Vorlage: FB 37/0024/WP17

Für die Linke Fraktion stellt Herr Hofmann den Antrag § 3 der Satzung zu streichen, da die Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr eine ehrenamtliche und ehrenvolle Aufgabe sei, die unterstützt werden solle und hier kein „Freikaufen“ von der Arbeit erfolgen solle.

Herr Szagunn, Piraten Fraktion, hält folgende Gegenrede zum Antrag. Gerade kleine Arbeitgeber hätten seiner Aussage nach Probleme die Arbeitnehmer zum Einsatz gehen zu lassen, so dass die Kompensation des Lohnausfalls keine Bereicherung darstelle.

Der Antrag wird mit einer ja-Stimme abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Satzung über die Festsetzung des Verdienstauffalls der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr der Stadt Aachen und der beruflich selbstständigen Helferinnen und Helfer der privaten Hilfsorganisationen sowie über die Gewährung einer Zulage für private Arbeitgeber zu beschließen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

1 Gegenstimme

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Kremer verweist auf eine schriftliche Mitteilung zur Schwarzwildpopulation, s. Anlage.

Zudem teilt er mit, dass die Stadt Aachen sich um die Verlängerung des Fair Trade Siegels bewerbe und in diesem Zusammenhang Veranstaltungen geplant würden.